

## **Kandidaten-Check von Abgeordnetenwatch / WDR**

*1. NRW soll eigene Konjunkturpakete auflegen, falls sich die Krise auf dem Arbeitsmarkt weiter verstärkt.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Allein aus dem Konjunkturpaket II stehen in NRW 2,84 Mrd. Euro für zusätzliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Jetzt müssen wir die beschlossenen Maßnahmen erst einmal wirken lassen. Vordringlich ist, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter zu verbessern.

*2. Arbeitslose sollten stärker gefordert werden, damit sie schneller zurück in den Arbeitsmarkt finden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Wer arbeitsfähig ist, der soll auch eine Gegenleistung erbringen, wenn er die Hilfe des Staates in Anspruch nimmt. Zugleich muss die Betreuung und Qualifizierung der Arbeitslosen weiter verbessert werden, damit ihnen möglichst eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit angeboten werden kann.

*3. Es müssen mehr Lehrer eingestellt werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Wir haben seit 2005 insgesamt 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Damit hat die FDP ihr Wahlversprechen sogar noch übertroffen. Den demographiebedingten Rückgang der Schülerzahlen werden wir für kleinere Klassen, die weitere Reduzierung des Unterrichtsausfalls und den Ganztagsausbau nutzen.

*4. Das dreigliedrige Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium soll beibehalten werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Die FDP will neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Heute erfolgreich arbeitende Schullandschaften stellen wir nicht in Frage.

*5. Das Turbo-Abitur in zwölf Jahren soll Standard bleiben.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Das Abitur nach zwölf Jahren hat sich bewährt. Allerdings muss die Umsetzung weiter verbessert werden. Wir wollen die Lehrpläne weiter entrümpeln und eine

fachliche Hausaufgabenbetreuung in der Schule anbieten, um die Schüler gezielt zu unterstützen und ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren.

*6. Das Zentralabitur hat sich insgesamt bewährt.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Das nordrhein-westfälische Zentralabitur hat sich inzwischen als Instrument einer besseren Vergleichbarkeit bewährt. Es führt zu einer höheren Transparenz der Prüfungsleistungen und trägt auch zu größerer Gerechtigkeit bei.

*7. Studiengebühren sollen abgeschafft werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Dann hätten die Hochschulen in NRW 280 Millionen Euro weniger im Jahr. Das wäre die Rückkehr zur Unterfinanzierung der Hochschulen, wie sie zu rot-grüner Regierungszeit an der Tagesordnung war. Weniger Lehrpersonal, schlechtere Ausstattung und kürzere Öffnungszeiten der Bibliotheken wären die Folge.

*8. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master sollen abgeschafft und wieder durch Diplom, Magister und Staatsexamen ersetzt werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Die Ziele des sog. Bologna-Prozesses sind richtig und wichtig. Erste Erfolge belegen dies auch für Nordrhein-Westfalen. So hat sich die Absolventenquote in der Regelstudienzeit seit 2005 von 21,4 auf 28,1 Prozent erhöht. Erstmals liegt NRW bei der Akademikerquote über dem Bundesdurchschnitt.

*9. Bürgerentscheide und Volksentscheide sollen erleichtert werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Auf kommunaler Ebene haben wir in Nordrhein-Westfalen bereits die im Ländervergleich geringsten Quorumsanforderungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Mit der Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2007 haben wir die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger weiter gestärkt.

*10. Landespolitiker sollen ihre Nebenverdienste vollständig offenlegen.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Seit 2005 sorgen strenge Regeln für Abgeordnete für ein deutliches Mehr an Transparenz in Nordrhein-Westfalen. Sämtliche Nebeneinkünfte sind nach Art, Höhe

und Herkunft der Landtagspräsidentin anzuzeigen. Zugleich werden aber auch die Persönlichkeitsrechte der Abgeordneten gewahrt.

*11. In NRW sollen weiterhin Kohlekraftwerke gebaut werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

50 % der Kohlekraftwerke in NRW sind älter als 31 Jahre. Diese alten Anlagen müssen dringend vom Netz. Da aber 83 % des Stroms in NRW aus Kohlekraftwerken kommt, ist dies nur möglich, wenn alte Anlagen durch neue hochmoderne Kraftwerkstechnologie ersetzt werden. Dies spart 30 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr.

*12. NRW soll sich in Zukunft an der weiteren Erforschung der Kernenergie beteiligen.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Zur umweltfreundlichen Grundversorgung mit Strom werden wir auf absehbare Zeit weiterhin sichere Kernkraftwerke als Brückentechnologie benötigen. Deshalb muss die Kernsicherheits- und Entsorgungsforschung weiter betrieben werden. Alles andere wäre im Interesse von Mensch und Umwelt unverantwortlich.

*13. Firmen, die erneuerbare Energie anbieten, sollen mehr vom Land gefördert werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Eine Landesförderung der Erneuerbaren-Energien-Branche über die vorhandenen Programme hinaus ist nicht notwendig. Zudem gibt es mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz bereits eine ausreichende Förderung, für die die Verbraucher jedes Jahr Milliardenbeträge über ihre Stromrechnung zahlen müssen.

*14. Die Landesregierung muss sich gegen Steuersenkungen des Bundes wehren, sollten diese den Landeshaushalt zu stark belasten.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Die FDP will das Steuersystem einfach, niedrig und fair machen. Die Entlastung von Familien und Mittelstand setzt neue Dynamik in der Wirtschaft frei, die mittelfristig auf allen Ebenen zu höheren Einnahmen führt. Steuersenkungen sind somit eine wesentliche Voraussetzung für solide Staatsfinanzen.

*15. Die in der Landesverfassung vorgesehene Schuldenbremse ist sinnvoll.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Die bisherigen Schuldenregelungen haben sich als wirkungslos erwiesen. Im Unterschied zu SPD und Grünen, die dem Land einen gigantischen Schuldenberg von 113 Milliarden Euro hinterlassen haben, wollen wir in Zeiten wirtschaftlicher Normallage keine neuen Schulden mehr machen.

*16. Die Kommunen sollten angesichts ihrer teils prekären Finanzlage Hilfe vom Land erhalten.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Trotz der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erhalten die NRW-Kommunen in diesem Jahr die zweithöchsten Zuweisungen in der Geschichte des Landes nach 2009. Das Land hilft den Kommunen, wo es kann. Aber sie müssen den Grundsatz beherzigen, dass man nicht mehr Geld ausgeben darf als man einnimmt.

*17. Gelder aus dem Aufbau Ost sollen auch finanziell notleidenden Städten aus NRW zu Gute kommen.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Es kann nicht sein, dass sich Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiter verschulden müssen, um Transferleistungen für den Osten aufzubringen. Für die Verteilung von Fördermitteln darf nicht mehr die Himmelsrichtung, sondern muss die Bedürftigkeit das entscheidende Kriterium sein.

*18. Der Nichtraucherchutz in Gaststätten und Kneipen soll verbessert werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Das NRW-Nichtraucherschutzgesetz enthält ein grundsätzliches Rauchverbot in Gaststätten und gewährleistet bereits einen umfassenden und wirksamen Nichtraucherchutz. Die Abschaffung von Ausnahmen etwa für Eckkneipen würde unsere Kneipenkultur zerstören und tausende Gastwirte in den Ruin treiben.

*19. In NRW sollte es einen Rechtsanspruch auf die Betreuung von unter Dreijährigen geben.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Die FDP hat mit dafür gesorgt, dass heute mit über 100.000 Betreuungsplätzen gut achtmal mehr Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung stehen als 2005 unter Rot-

Grün. Unmittelbar nach der Wahl wollen wir eine "Platzgarantie ab zwei" bereits für das Kindergartenjahr 2010/2011 gesetzlich verankern.

*20. In "Problembezirken" sollten mehr Sozialarbeiter eingestellt werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Es reicht allerdings nicht, nur die Zahl der Sozialarbeiter zu erhöhen. Vielmehr sollte deren Aufgabenbereich in ein Gesamtkonzept zur Jugendarbeit, einschließlich der Vernetzung der Akteure, eingebettet werden.

*21. Muslimischer Religionsunterricht soll in NRW als eigenständiges Fach in deutscher Sprache flächendeckend eingeführt werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Auf dem Weg dorthin wollen wir den bestehenden Schulversuch "Islamkunde in deutscher Sprache" zu einem Schulversuch "Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache" ausbauen. Alevitischer Religionsunterricht wurde als Schulversuch bereits 2008/2009 begonnen.

*22. Um die Polizei zu entlasten, sollten auch private Sicherheitsdienste eingesetzt werden.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Polizei und Ordnungsamt sind für die Sicherheit im öffentlichen Raum zuständig. Private Sicherheitsdienste können für Private etwa den Objektschutz übernehmen, aber ohne besondere Hoheitsaufgaben. Einen freiwilligen Polizeidienst mit besonderen Rechten wie in Hessen lehnen wir ab.

*23. Für die Sicherheit in den Gefängnissen sollten mehr Beamte eingesetzt und/oder zusätzlich eingestellt werden.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Im Justizvollzug haben wir heute bereits über 500 Stellen mehr als 2005 unter Rot-Grün. Zudem hat die Koalition aus FDP und CDU 1.000 moderne Haftplätze geschaffen, weitere etwa 2.000 sind im Bau. Unser Ziel ist, 1.000 neue Stellen u.a. für Psychologen und Sozialarbeiter im Strafvollzug zu schaffen.

*24. Bei Großveranstaltungen wie Bundesligaspielen sollen die Veranstalter den Großteil der Einsatzkosten der Polizei bezahlen.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Ob bei Fußballspielen, Demonstrationen von Links- und Rechtsextremisten oder im Karneval - für die öffentliche Sicherheit ist der Staat zuständig, auf Privatgrund der Veranstalter. Allein den Bundesligavereinen die Polizeieinsätze in Rechnung zu stellen, würde das Gleichheitsgebot verletzen.

*25. Ich bin für die Videoüberwachung öffentlicher Plätze.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Die FDP steht für die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Unverhältnismäßige Eingriffsbefugnisse und eine Ausweitung der Videoüberwachung an Schulen und auf öffentlichen Plätzen - außer an Kriminalitätsschwerpunkten oder im Rahmen des Hausrechts - lehnen wir ab.

*26. Es ist hinnehmbar, dass durch Umweltschutzauflagen Arbeitsplätze verlorengehen.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition hat einen Politikwechsel im Verhältnis von Wirtschaft und Umwelt eingeleitet. In NRW wird jetzt Umweltpolitik nicht mehr gegen, sondern im Dialog mit der Wirtschaft gemacht. Dies ist für Umwelt und Arbeitsplätze gleichermaßen ein Gewinn.

*27. Es ist richtig, dass Umweltgesetze geändert werden, um Großprojekte wie das Steinkohlekraftwerk in Datteln bauen zu können.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Im Fall Datteln haben Gerichte bestehende Gesetze völlig neu ausgelegt und damit eine Rechtsfortbildung betrieben, die nicht im Sinne des Gesetzgebers ist. Das politische Ziel, den Bau klimafreundlicher Kraftwerke in NRW zu ermöglichen, war deshalb nur durch eine Gesetzesänderung zu erreichen.

*28. Die Landesregierung sollte mehr Geld in den Bau von Straßen investieren.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Die FDP unterstützt alle Verkehrsträger gleichermaßen. Für die Erhaltung der Landesstraßen haben wir die Mittel seit 2005 um 40 Prozent auf 73 Millionen Euro im

Jahr 2010 erhöht, um damit den von der rot-grünen Vorgängerregierung hinterlassenen Investitionsstau aufzulösen.

*29. Das Land soll sich verstärkt an großen Konzernen wie Opel, RWE oder Eon beteiligen.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich auf Kosten und Risiko der Steuerzahler an privaten Unternehmen zu beteiligen. Die FDP steht für mehr soziale Marktwirtschaft und nicht für mehr bürokratische Staatwirtschaft.

*30. Das Land soll sich aus der WestLB komplett herausziehen.*

**Stimme zu.**

Begründung:

Der Staat ist nicht der bessere Banker. Deshalb hat die FDP über Jahre vor den Risiken bei der WestLB gewarnt und als einzige Partei in Nordrhein-Westfalen den Verkauf des Landesanteils an der Bank gefordert. Die Erfahrungen während der Finanzkrise zeigen, wie begründet diese Haltung war und ist.

*31. Große Firmen sollten Subventionen erhalten, damit sie sich in NRW ansiedeln.*

**Stimme nicht zu.**

Begründung:

Statt wie in der Vergangenheit unter Rot-Grün staatliche Großunternehmen zu subventionieren, haben wir die 763.000 mittelständischen Betriebe in NRW in das Zentrum unserer Wirtschaftspolitik gerückt. Und die wollen keine Subventionen, sondern vernünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.